Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gros-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, auswärts 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 80 | Donnerstag, den 8. April 1926. | 84. Jahrgang.

Wirtschaftsnot und Wirtschaftskrise.

Man sagt uns: Das sehen wir ein, verlangen aber, daß nicht durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne diese Leistungssteigerung herbeigeführt wird, sondern daß sie kommt allein durch die Rationalisierung der Industrie. Darüber müssen wir uns im klaren sein: in der Rationalisierung, in der Massenherstellung gleich Produktion unter schematischen Verhältnissen werden wir Amerika doch nicht den Rang ablaufen. Und da wäre zu überlegen, ob wir nicht besser mit unseren guten alten Methoden der Qualitätsarbeit unter Berücksichtigung des Geschmacks etwas zu erreichen suchen, als durch allzugroße Schematisierung unserer Produkte.

Wir kommen bei diesem Gesichtspunkt zum ersten Ausgangspunkt zurück. Uns fehlt das Kapital, und solange das Kapital, das nötige Ingredienz der deutschen Wirtschaft fehlt, müssen wir versuchen, es aus eigenem zu schaffen. Dieses eigene Kapital kann, solange wir die verbesserte Technik nicht durchführt haben, nur kommen aus einer Steigerung des Leistungsanteils von anderer Seite her. Wir haben etwa nicht die Aufgabe, der deutschen Arbeiterschaft zuzumuten, daß die ganze Not des Augenblicks auf ihren Schultern ausgefochten wird, aber wir müssen verlangen, daß das, was in der Vorkriegszeit möglich war, auch heute wieder anerkannt und durchgeführt wird. Und das läßt sich durchaus erreichen. Es wird keinen Industriellen geben, der eine 14stündige Arbeitszeit einem Arbeiter zumuten würde, aber wir alle sind von der Auffassung durchdrungen, daß in dem verarmten Deutschland nötig ist, was in dem reichen Deutschland zur Ernährung der 65 Millionen nötig war. Das hat mit sozialem Empfinden und sozialer Einstellung im einzelnen nichts zu tun. Ich möchte im Gegenteil sagen: Propagierung anderer Arbeitsmethoden in der Not der Zeit ist das Unsozialste, was ich mir vorstellen kann. Es ist unmöglich, in Parlamenten in Ruhe über derartiges sprechen zu können. Bedenken wir uns eines: Für den Reichstag wählen rund 29 Millionen Menschen, wir haben 21 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger; dazu treten die Frauen dieser Lohn- und Gehaltsempfänger, die sie, wenn sie die weiblichen Arbeiter abgerechnet haben, auch noch einmal mit 10 Millionen anzusetzen die Möglichkeit haben. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Zusammensetzung der Reichstagswählerschaft zu 80 v. H., vielleicht noch mehr als dem Arbeiter- und Angestelltenstande angehörig betrachtet. Es ist mit Bedauern festzustellen — und an dieser Tatsache kann niemand rütteln und deuteln —, daß hier jemand in eigenen Angelegenheiten Gesetze macht, und deswegen ist eben die in so geringer Zahl vorhandene deutsche Unternehmerschaft mit den Beschlüssen der Parlamente so wenig zufrieden. Aber bitte, gewöhnen Sie sich daran, es wird auch trotz heftigster Meinungsäußerungen auf der anderen Seite an diesen Dingen, die nun einmal Wirklichkeit sind, nichts zu ändern sein. Daraus ziehe ich nicht den Schluß, daß man sich verstimmt in irgend eine Ecke zurückziehen solle, sondern im Gegenteil, die deutschen Unternehmer mit ihren Ansichten, die eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellen, in der Oeffentlichkeit sich viel mehr zu betätigen haben.

Ein Wort über die Steuern: Sie wissen — ich habe gelesen, daß in Stuttgart darüber verhandelt worden ist —, daß die Steuern die Wirtschaft außerordentlich stark drücken. Ich glaube, daß seitens der Industrie oftmals zu wenig an die Umstände gedacht wird, unter denen Deutschland zu leben nun einmal die Pflicht hat. Die Reparationslasten sind anerkannt, der Finanzminister und jede Finanzverwaltung müssen daraus ihre Schlüsse ziehen. Wenn ich die Reichsfinanzen mir ansehe, so stehen sie auf 5,7 Milliarden in Einnahme, und im Frieden auf 3 Milliarden, also eine Steigerung von 2,7 Milliarden. Davon gehen ab die Ausgaben für die Länder usw., sodaß dem Reich selbst wenig mehr als 3 Milliarden übrig bleiben. Es ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß in diesen 3 Milliarden des Friedensbetrages die Heeres- und Marineverwaltung enthalten war. Es ist aber andererseits zuzugeben, daß die Umstellung der Verwaltung, besonders der Steuerverwaltung, gegen die wir uns immer gewehrt haben, ganz ungeheure Kosten verursacht, die 73 000 Beamte beschäftigt und daneben die Finanzbeamten der Länder im wesentlichen mit übernommen hat.

Wir haben im vorigen Jahr, wo wir in der Regierung waren, von dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit und der Ersparnisse mitzuwirken versucht. Als die Inflation zu Ende war, als das Reich gänzlich ohne Mittel dastand, als der Rentenmarkkredit gegeben wurde, um das Reich überhaupt zu finanzieren für die ersten Monate, wo die wertbeständigen Steuern fehlen, mußten — darüber kann man sich nicht wundern — Steuern ausgeschrieben, deren Ertragsfähigkeit man nicht zu übersehen vermochte. Aber als man sah, daß diese Steuern erheblich mehr ausmachten, als die Bedürfnisse des Reiches erforderten, wäre es Ende 1924 richtig gewesen, unter dem Ermächtigungsgesetz oder unter einem neuen Ermächtigungsgesetz eine Kürzung vorzunehmen. Als im Jahre 1925 die neue Regierung sich bildete, war es für den neuen Reichsfinanzminister das erste, daß er die Verhandlungen mit den Parteien aufnahm, um eine wesentliche Einschränkung der Steuergesetzgebung herbeizuführen. Und ich erinnere mich mit Freude an die Verhandlungen des Reichsfinanzministers von Schlieben, der immer wieder zum Ausdruck brachte, daß es jetzt gelte, die Kapitalsneubildung zu fördern. Das Prinzip war Mäßigung der zu hohen Steuern, und zahlenmäßig machte sich diese Einschränkung der Steuern bereits mit 1,5 Milliarden bemerkbar. Weiter war in Aussicht genommen, einen weiteren Abbau vor allem bei den Steuern herbeizuführen, die als untergeordnete Steuern in Betracht kamen, sobald ein Ueberblick über die Ergebnisse der anderen Steuern erfolgte. Es ist nicht das Verdienst des gegenwärtigen Finanzministers, daß er eine große Steuersenkungsaktion vor aller Oeffentlichkeit proklamiert hat. Diese war in bescheidenem Ausmaß vorher schon geplant. Das darf ich aber sagen: So würde sie von Herrn von Schlieben eingeleitet worden sein. Und ich verrate wohl gar nichts, wenn ich sage, daß kurz nach der Rede des Finanzministers Reinhold ein Vertreter der Volkspartei sagte: „Das ist ja furchtbar und eine reine Demagogie! Wie kann man die Umsatzsteuer, die leicht zu erhebende, verhältnismäßig hohe Beträge bringende und für Deutschlands Zukunft erforderliche Steuer so stark senken wollen, ohne den anderen Steuern, die die Wirtschaft am allermeisten beschweren und die Kapitalsneubildung am meisten hindern, die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer und die Vermögenssteuer nicht gleichzeitig in erheblichem Ausmaß zu senken. Wie kann man insbesondere an der Hauszinssteuer nicht rühren, dagegen Steuern senken, für deren Ausfall man keine Deckung mehr besitzt."

Wir haben seinerzeit dem Herrn von Schlieben unsere Wünsche zum Ausdruck gebracht, er konnte sie aber deswegen noch nicht durchsetzen, weil der Ueberblick über das sonstige Steueraufkommen noch nicht vorhanden war. Die Belastungen, die in der Wirtschaft vorhanden und die es so außerordentlich schwer machen, daß es zu einer Neubildung von Kapital kommen kann, liegen naturgemäß auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung, auf dem Gebiete der Löhne und auf dem Gebiet der Sozialversicherung im allgemeinen. Die Belastungen sind tatsächlich zur Zeit recht hohe. Ich warne aber davor, die Sozialversicherung als etwa allgemeine Lasten oder als Steuerlasten zu bezeichnen. Sozialversicherung ist ein Teil des Lohnes. Wenn die Sozialversicherung sehr hoch ist, muß praktisch die Arbeit niedriger bezahlt werden. Beide bilden in der Kalkulation der Industrie eine Einheit. Wenn so der deutschen Arbeiterschaft diese schwierigen Probleme klar gemacht werden, werden sie es verstehen, daß eine aus ihrem Lohn selbst genommene Fürsorge für die Zukunft nicht zu hoch werden darf, sondern daß die praktische Arbeit in allererster Linie Befriedigung erfahren muß. Daß die Wirtschaft beitragen will, für das Alter zu sorgen, ist klar. Aber daß sie oftmals Formen annimmt, wie das klassische Beispiel jenes Steigers, dessen Witwe mehr an Rente erhielt, als der Mann früher an Lohn gehabt hat; daß diese Zustände eine Beseitigung zu erfahren haben, ist klar. Das liegt zunächst am Unfallgesetz, wo man vergessen hat, eine Anrechnung der Kindergelder vorzunehmen, so daß Kindergelder und Witwengelder zweimal ausgezahlt werden, so daß es aussieht, als wolle man eine Prämie auf den Tod des Ernährers aussetzen.

Nun glaubte man in deutschen Wirtschaftskreisen bis November vorigen Jahres, daß, da Kapital nur schwer gebildet werden kann, man fremdes Kapital einführen müsse. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß, wenn jemand abgebrannt ist, er versucht, mit neuem Kapital seinen Betrieb aufzuführen. Das kann er sehr leicht, weil aus der eigenen Wirtschaft des eigenen Volkes in eigener Währung ihm die Gelder zufließen. Heute ist klar, daß die fremden Kredite nicht unbedingt zum Heile des deutschen Volkes ausschlagen, sondern daß mit ihnen ein starker Warenimport unerwünschter Art verbunden ist. Wenn wir im vorigen Jahre einen Importüberschuß gehabt haben, so liegt das nicht bloß an unseren Bestellungen, wenn ich so sagen darf, sondern das ist eine notwendige Folge der fremden Kredite, die im Jahre 1924 und Anfang 1925 aufgenommen worden sind. Dieser fremde Warenimport hat zwei Wirkungen: Er drückt, weil er langfristig kreditiert ist und weil die Lieferungsbedingungen besser sind als in der deutschen Wirtschaft, auf den Absatz, und dementsprechend dann auf die Preise. Damit zerstört er aber die Grundlagen unserer eigenen Binnenwirtschaft. Aber jeder Industrielle in Deutschland muß anerkennen, daß die Binnenwirtschaft die Prämie darstellt für den Export. Im Frieden haben wir 25 v. H. der Bestellung auf Export aufgebaut. Heute sind es entsprechend weniger. Und daß wir heute einen mangelhaften Export haben, liegt an den Dingen, die ich geschildert habe. Und daß wir einen so starken Import haben, liegt vor allem an den fremden Krediten. Daraus resultiert die mangelhafte Konsumfähigkeit bei der Landwirtschaft, eine Schädigung unserer Arbeitskräfte im allgemeinen und daraus kam, als fremde Kredite im letzten Jahre nicht mehr zuflossen, die Arbeitslosigkeit, die uns mit 2,5 Millionen Arbeitsloser gegenübersteht. Dazu eine Million Kriegsbeschädigter und eine Million Sozialrentner, so daß wir rund 8—9 Millionen Menschen auf deutschen Boden zu ernähren haben, die in der Produktion nicht tätig sind.

Wenn man der deutschen Industrie mehr Freiheiten gegeben hätte auf dem Gebiet der Lohnpolitik, der eigenen Arbeitszeitpolitik, wäre die Krise nicht in dem Ausmaße und vor allem nicht in der Form gekommen, wie im Laufe des letzten Winters beobachtet werden konnte. Heute sehen wir, daß immer Werke notleiden oder zumachen müssen, weil sie im Augenblick, um ihren Steuerverpflichtungen nachzukommen, nicht die nötigen Kredite zugeführt erhalten. Hätten sie schon früher die Möglichkeit gehabt, schon früher sich den Bedürfnissen entsprechend einzustellen, wäre die Not nicht in dem Maße eingetreten. Deshalb müssen wir für die Zukunft im Interesse einer gesund werden wollenden Industrie fordern, daß die Zwangswirtschaft aufgehoben werde, zum mindesten eine sehr starke Erleichterung erfährt. Das soll nicht heißen, daß die Industrie heute ein Interesse daran hat, das Lohnniveau im ganzen zu drücken, das soll nur heißen, daß jeder einzelne Unternehmer mit seinen Löhnen, mit seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen sich so einrichten soll, wie die eigenen Verhältnisse es erforderlich machen. Der Schematismus bei den verschiedenartigen Verhältnissen auf deutschem Boden kann nicht aufrechterhalten werden. Und ich spreche wohl nichts uninteressantes aus, wenn ich sage, daß auch in manchen Gewerkschaftskreisen die Einsicht in die Unhaltbarkeit der jetzigen Tarifverträge Platz greift, und daß die fabrikmäßige Regelung nötig ist, wenn nicht die Arbeitslosigkeit noch weitere Dimensionen annehmen soll. Die Zwangswirtschaft abzubauen ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Wir haben sie noch auf einer ganzen Reihe von Gebieten. Ich nenne nur zwei: die Wohnungszwangswirtschaft und letzten Endes in gewissem Sinne auch die Geldzwangswirtschaft, denn was wir an Kreditrestriktion erleben, die Maßnahmen unserer Zentralnotenbank, stellen eine Art Zwangswirtschaft dar. Wir haben noch nicht wieder eine Anpassung des Bankzinsfußes wie in der Vorkriegszeit, immer noch nicht wieder die Anpassung der Währung von der Bankseite an die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Zur Wohnungszwangswirtschaft einige Worte: Mit besonderem Bedauern habe ich persönlich festgestellt, daß bezüglich des Steuerkompromisses wieder die Vereinbarung getroffen werden konnte, daß die 100prozentige Miete bis mindestens 31. März 1927 bestehen bleiben soll. Bei einem Lebenshaltungsindex von 140 die Wohnungsmieten auf 100 vom Hundert festzuhalten, heißt die Not der Wohnungen verewigen, da rund 25 v. H. der Arbeiter und Arbeit in Deutschland dem Wohnungsbau gewidmet sind, und wenn statt 300—400 000 Wohnungen in jedem Jahre bloß 80 000 zufließen, ist eine große Arbeitsmöglichkeit brachgelegt und wird weiter brachgelegt sein, wenn nicht auch auf ihrem Gebiet langsam zur freien Wirtschaft zurückgekehrt wird.

Wirtschaft ist letzten Endes nicht bloß die Beschäftigung mit materiellen Dingen oder Befriedigung materieller Bedürfnisse mit materiellen Produkten, sondern ist auch ein Teil des sozialen Zusammenlebens der Menschen, ganz besonders in einem Volke. Und sie stellt auch einen Teil der großen Politik dar. Da sie von den Fragen der Kultur und Politik abhängt, müssen wir versuchen als Wirtschaftler, uns mit den großen wirtschaftlich, Kultur- und Gesittungsfragen zu befassen, dürfen nicht rein die kleinen Aufgaben unserer kleinen Wirtschaft sehen, sondern müssen auch versuchen, als Teil des ganzen Volkes bei allen anderen Maßnahmen und Gedankengängen zu fühlen. In diesem Sinne müssen wir der Arbeiterschaft den Gesichtspunkt erhalten, daß sie ein lebendes Glied unseres deutschen Volkes mit ist, daß das deutsche Volk nicht gedeihen kann, wenn dieses Volk sich in politischer Zertrümmerung befindet, wie noch in der Gegenwart. Alle Maßnahmen müssen unter dem Gesichtswinkel des Gemeinsinns stehen. Friede kann nur sein, wo Einigkeit herrscht. Wo die Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sich entfaltet und die persönlichen Beziehungen aufrecht erhalten worden sind wie es in der Vorkriegszeit vielfach der Fall war — und, wenn sie durch die Inflationszeit unterbrochen waren, wo die persönlichen Beziehungen wieder aufgenommen worden sind —, bei diesen deutschen Arbeitern wird man auf ihre Arbeitsleistung und Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit unter allen Umständen bauen dürfen. Auf uns Industrielle blickt die Arbeiterschaft letzten Endes — und die Möglichkeit der Wirkung von unserer Stelle ist größer als die Wirkung von den Stellen derjenigen, deren Versprechungen sie manchmal fordern. In einer politischen Partei kann es nicht nur darauf ankommen, die Wirtschaft als einzelnes Ding aus der Politik herauszugreifen, sondern man muß versuchen, die Wirtschaft nur als einen Teil des Ganzen zu sehen, allerdings als einen sehr wesentlichen Teil, denn starke Politik kann man nur auf dem Boden einer starken Wirtschaft machen, wie auch eine starke Wirtschaft nur Ausfluß einer starken Politik sein kann. Suchen wir uns, die wir in der Politik stehen, mit wirtschaftlichen Dingen zu bereichern, und suchen wir zu erkennen, was die Politik für die Wirtschaft bedeutet, dann wird es eine gute Ehe zwischen Wirtschaft und Politik geben. Nur beim Zusammenwirken beider wird das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegengehen können.

Deutschland.

Berlin, 7. April. Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche" sagt über das Verhältnis August Thyssens zu seinen Arbeitern: Lohn und Arbeitsverhältnis auf seinen Werken waren nicht immer die besten. Sein rücksichtsloses Vorwärtsdrängen veranlaßte Thyssen, auch der Arbeiterschaft gegenüber allzuoft die Ellenbogen zu gebrauchen. Wenn der alte Thyssen sich trotzdem bei den Arbeitern eines gewissen guten Rufes erfreute, und wenn sie mit Achtung von ihm sprachen, dann deshalb, weil er keine Drohne, sondern selbst außerordentlich fleißig war. Hochmut war ihm fremd. Er war ein offener und ehrlicher Gegner und mit solchen findet sich auch die Arbeiterschaft ab. Möge August Thyssen in Frieden ruhen.

Der Reichsbahnskandal in Frankfurt a. O.

Berlin, 7. April. Der Reichsbahnskandal in Frankfurt a. O. droht noch weit größeren Umfang anzunehmen, als es bisher den Anschein hatte. Nicht weniger als 50 höhere und mittlere Beamte sind schwer kompromittiert. Das Schlimmste aber ist, daß jetzt gegen die Reichsbahnverwaltung der Vorwurf erhoben wird, daß sie offensichtlich die Affäre zu verschleiern und zu verschleppen gesucht habe. Die „Vossische Zeitung" insbesondere teilt heute nach der Richtung hin derart belastende Einzelheiten mit, daß eine umgehende und restlose Aufklärung durch die beschuldigten Amtsstellen dringend notwendig erscheint. Es wird darauf hingewiesen, daß der Präsident der Reichsbahndirektion Osten, Martibel, bereits bei der Einweihungsfeier des Güterbahnhofes Neu-Beutschen in seiner Ansprache die merkwürdige Aeußerung tat: „Ich danke allen denen, die mit an diesem Werk geschaffen haben, leider mit der Einschränkung, soweit sie dies mit reinen Händen getan haben." Schon damals mußten nach den neuesten Veröffentlichungen dem Reichsbahnpräsidenten Martiebel, aber nicht nur ihm, sondern auch der Reichsbahnverwaltung in Berlin, dem Verkehrsministerium und der Staatsanwaltschaft bekannt gewesen sein, um was es sich hier eigentlich handle, denn es hat an zahlreichen Anzeigen von Beamten und Privatleuten an die Behörden nicht gefehlt. Die „Voss. Ztg." gibt u. a. einen Brief des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe an den Generaldirektor Oeser wieder, in dem dieser darauf aufmerksam gemacht wird, daß die für den Bau des Bahnhofs bezahlten Preise um das Vielfache über das ortsübliche hinausgingen. Auf eine ähnliche Mitteilung an den Präsidenten der Reichsbahndirektion Osten erhielt der Verband die bezeichnende Antwort: „Wir warnen Sie in Ihrem eigenen Interesse in Zukunft vor ähnlichen Aeußerungen, da wir im Wiederholungsfalle keinerlei Nachsicht walten zu lassen geneigt sind." Den Beamten, die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

es gewagt haben, die Behörden über den wahren Tatbestand aufzuklären, ist es denn auch schlecht genug ergangen. Der Oberbahnmeister Göbler, der in einem Schreiben an den Generaldirektor der deutschen Reichsbahn darauf hinwies, daß die Guthaben der Beamten auf den Banken und sonstigen Kassen eine Höhe erreicht hätten, die nicht aus dem Einkommen und dem Nebenverdienst stammen könnte, der weiter durch Zeugen zu beweisen sich erbot, daß die Firma Schmidt-Rosengarten einzelnen Beamten Geldgeschenke in beträchtlicher Höhe gemacht habe, wurde auf Grund dieser Anzeige entlassen. Der Eisenbahnassistent Karge bekam auf seine Anzeige keine Antwort, sondern nur die Mitteilung, daß er abgebaut sei. Zwei Beamte, die zur Untersuchung der Angelegenheit nach Rosengarten entsandt wurden, fanden die belastenden Angaben bestätigt, unterließen es jedoch, die Angelegenheit der Direktion zu unterbreiten, weil sie fürchteten, gleichfalls abgebaut zu werden. Festgestellt ist ferner, daß die beteiligten Firmen den Beamten große Zechgelage gaben. Bei der Beschlagnahme der Geschäftskorrespondenz des Bauunternehmers Schmidt-Rosengarten, fand man u. a. 6000 Mark verbucht als „Zahlung an die Greifer-Kommission". Das war der Spitzname für die Frankfurter Bahnpolizei. Ein Bauunternehmer Neumann in Frankfurt a. d. O., der sich bei der Direktion darüber beschwerte, daß nur der Eisenbahn befreundete Firmen Aufträge erhielten, wurde mit der Staatsanwaltschaft bedroht, wenn er seine Aussagen nicht zurücknehme. Dies wären kurz gefaßt die aufsehenerregenden Einzelheiten, die von der „Voss. Ztg." wiedergegeben werden. Nach allem wird es höchste Zeit, daß in diese dunkle Angelegenheit hineingeleuchtet wird. Der Betrugsprozeß sollte zunächst schon am 20. April d. J. verhandelt werden. Wegen des großen Umfangs des Materials wird dieser Termin wahrscheinlich verschoben werden. Selbstverständlich wird die Angelegenheit auch den preußischen Landtag und den Reichstag beschäftigen.

Ausland.

Paris, 7. April. Der Pariser „Matin" behauptet, daß der ungarische Abgeordnete Dir, der in die ungarische Franken-fälscher-Affäre eingeweiht war, von seinen Parteigängern aus Furcht vor Enthüllungen vergiftet worden sei.

Paris, 7. April. Herriot proklamierte in einer Rede eine grundsätzliche Friedenspolitik als einzige Sicherung für Frankreich.

Rom, 7. April. Der Führer der italienischen Opposition, Amendola, ist an den Folgen von Verletzungen, die er bei einem faschistischen Ueberfall erlitten hat, gestorben.

Blutige Arbeitslosen-Demonstrationen in Polen.

Warschau, 6. April. Heute kam es in Lublin bei einer Demonstration zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei. Die Arbeitslosen wählten eine Deputation, die sich zum Bürgermeister begab, um mit ihm über die Arbeitslosenfrage zu verhandeln. Da die Antwort des Bürgermeisters der Delegation nicht zufriedenstellend erschien, stürmten die Demonstranten das Rathaus. Zehn Polizisten und sechs Zivilpersonen wurden schwer verletzt. Der Bürgermeister rief sofort Militär zu Hilfe. Nachdem das Militär Alarmschüsse abgegeben hatte, zogen sich die Demonstranten von dem Rathausplatz zurück. Man befürchtet jedoch eine Wiederholung der heutigen Demonstration.

Zusammenstoß zwischen Faschisten u. amerikanischen Matrosen.

London, 6. April. In Venedig ist es in den Osterfeiertagen zu schweren Schlägereien zwischen organisierten Faschisten und den beurlaubten Besatzungen des im dortigen Hafen liegenden amerikanischen Torpedobootzerstörergeschwaders gekommen, bei denen sieben Matrosen schwer verletzt wurden. In hiesigen diplomatischen Kreisen beurteilt man den Zwischenfall in Venedig sehr ernst, da Senator Borah, der mit seinem Widerstand gegen das amerikanisch-italienische Schuldenabkommen keinen Erfolg im Senat gehabt hat, die Absicht haben soll, den ersten amerikanisch-italienischen Zwischenfall, der sich für eine diplomatische Aktion eigne, bei der man mit der Unterstützung der öffentlichen Meinung Amerikas rechnen kann, zum Ausgangspunkt einer scharfen Auseinandersetzung mit der Regierung Mussolinis zu machen.

Der „Manchester Guardian" zur Teilnahme Deutschlands an der Verfassungskommission.

London, 6. April. Deutschlands Teilnahme an der Verfassungskommission des Völkerbunds hat in politischen Kreisen Londons Ueberraschung hervorgerufen, die in einem Leitartikel des „Manchester Gaurdian" rückhaltslos zum Ausdruck kommt. Das Blatt schreibt: „Die deutsche Regierung hat mit ihrem Entschluß, sich an der Verfassungskommission des Völkerbundes zu beteiligen, eine schicksalsschwere Entscheidung getroffen. Die deutsche Regierun hat damit ein schwieriges und gefährliches Unternehmen begonnen. Nicht einzusehen ist, warum die deutsche Regierung die Beteiligung davon gewünscht hat. Der Völkerbundsausschuß steht vor der gleichen Aufgabe, wie der Völkerbundsrat in Genf, der so kläglich versagt hat. Deutschland ist kein Mitglied des Völkerbundes. Solange es kein Mitglied des Völkerbundes ist, darf es sich auch nicht über Verfassungsfragen äußern. Wenn aber Deutschland diese Stellung aufgibt, entsteht der Eindruck, als wolle es sich nunmehr den Drahtziehern im Völkerbund ausliefern, und sich allen Gefahren der Erpressung und des Druckes aussetzen, die es bisher erfolgreich vermieden hat. Es erhebt sich die weitere Frage, ob Deutschland nun seinerseits intrigieren und sich durch Kompromisse kompromittieren will.

Deutschlands koloniale Forderung.

London, 7. April. Der Berliner Berichterstatter der „Times" teilt mit, daß auf Grund offiziöser Erklärungen der Wilhelmstraße die Stellungnahme der Berliner Regierung zu den Kolonialfragen folgende sei: In keiner Frage ist die öffentliche Meinung so empfindlich und zugleich so entschlossen wie in der Wiederaufnahme kolonialpolitischer Tätigkeit zu dem frühest möglichen Zeitpunkt. Stresemann hat die Forderung nach Kolonien wiederholt als einen Teil der deutschen Politik innerhalb des Völkerbundes bezeichnet. Da der Völkerbund die Nationen in solche einteile, die unfähig oder fähig seien, Mandate zu verwalten, müsse Deutschland sich zur letzteren Gruppe rechnen. Der Korrespondent unterstreicht dann, was die „Tägliche Rundschau" gestern abermals festgestellt hat, daß Deutschland sofort nach seinem Eintritt in den Völkerbund Kolonialmandate verlangen werde. Die in den letzten Wochen in der englischen Presse in Gang gebrachte Diskussion der deutschen Kolonialfragen zeigt, daß man diese Dinge mit ganz anderen Augen ansieht. In englischen Regierungskreisen erwägt man aus „Ersparnisgründen" den Abbau unrentabler und politisch unwichtiger Mandate oder älteren Kolonialbesitzes. Damit, so glaubt man in London, könnten die Ansprüche des deutschen „Kolonialehrgeizes" abgefunden werden. Auf die wirtschaftliche Notwendigkeit des Kolonialbesitzes für Deutschland geht man hinggegen nicht im entferntesten ein.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats am 6. April. Bei der Verwertung der vom Siedelungsverein Neuenbürg G. m. b. H. erstellten und nunmehr der Vollendung entgegengehenden 10 Wohnungseinheiten haben sich Schwierigkeiten ergeben insofern, als sich herausstellte, daß zu den Gestehungskosten keine Liebhaber vorhanden sind, weil die Zinsenlast ihnen untragbar erscheint. Mit Rücksicht darauf, daß der Siedelungsverein der Stadtgemeinde s. Zt. die Wohnungsfürsorge durch Erstellung von Neubauten abgenommen hat, stellt nun der Aufsichtsrat genannter Genossenschaft an die Stadt den Antrag, den über den Betrag von 105 100 R.M. hinausgehenden Betrag auf die Stadtkasse für Verrechnung der Gebäudeentschuldungssteuer zu übernehmen und dem Siedelungsverein die Verteilung der Bausumme unter die 10 Neubauten zu überlassen. Vom Gemeinderat wird nach eingehender Beratung beschlossen, dem Antrag zu entsprechen unter der Bedingung, daß von jedem Siedler mindestens 1000 R.M. anbezahlt und an den Darlehen der Stadtgemeinde jährlich mindestens 50 R.M. abgetragen werden. Der Gesamtbetrag des von der Stadt zu deckenden Ausfalls ist durch Abrechnung festzustellen. Die Kosten für den Bauplatz bleiben eine besondere Forderung der Stadtgemeinde.

Die bei Vorträgen aus Anlaß der Reichsgesundheitswoche vom 18.—25. April 1926 entstehenden Reisekosten auswärtiger Autoritäten werden auf die Stadtkasse übernommen.

Auf eine Eingabe der Bewohner der Parzelle Ziegelhütte, die dahin geht, die dortige Straße zur Verhinderung der Staubplage, wie die übrigen Straßen der Stadt, regelmäßig mit dem Sprengwagen gießen zu lassen, wird vom Gemeinderat zunächst die Frage der Beschaffung eines Sprengwagens erwogen, da der seither von der Staatsstraßenbauverwaltung entlehnte Wagen in den nächsten Wochen nicht zu haben ist. Nach längerer Beratung kommt der Gemeinderat zu dem Entschluß, Angebote auf Lieferung eines neuen oder eines gebrauchten Sprengwagens und Angebote für die Bedienung eines solchen einzuholen und weitere Entschlüsse nach Vorliegen der finanziellen Unterlagen zu fassen.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung geschlossen. K.

Neuenbürg, 8. April. Der gestern abend im „Schiff" stattgefundenen Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins kam insofern eine erhöhte Bedeutung zu, als hiebei die bei der Abgabe der Einkommensteuererklärungen in Betracht kommenden Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Vorstand Beller berichtete eingehend über die hiebei zulässigen Abschreibungen und Abzüge, die er anhand von Beispielen erläuterte und gestellte Fragen beantwortete. Die sich anschließende Ansprache löste einen wahren Entrüstungssturm aus im Hinblick auf die ungeheure Steuerlast und die kolossale Höhe der dem Gebäudebesitzer aufgebürdeten Gebäudeentschuldungssteuer, wie solche aus den dieser Tage hinausgegebenen Steuerzetteln ersichtlich ist. Den in der Regierung befindlichen Persönlichkeiten in Reich und Staat wurde der Vorwurf gemacht, daß sie ohne Rücksicht auf die bedrängte Lage der verschiedensten Berufsstände in Gewerbe und Industrie diesen Steuern auferlegen, die auf die Dauer untragbar sind, die Betriebe zum Zusammenbruch führen und zu Verzweiflungstaten reizen, wie solche in Vernkastel von den Winzern begangen wurden. Mit andauernd großen politischen Reden werde versucht, das Volk einzulullen, damit es sich umso geduldiger zeige. Es bleibe den hartbedrängten Steuerzahlern nichts übrig, als nach bekannten Vorgängen auf die Straße zu gehen, zu demonstrieren und angesichts der Unmöglichkeit, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, in einen Steuerstreik einzutreten. Die Aussichten über die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft lauten nicht günstig, weil mit Ausnahme der Wirtschaftspartei sämtliche Parteien nur schöne Worte finden und wenn es gilt, zu Taten überzugehen, ihr Versprechen nicht einlösen. Dank wurde dem Zentralverband und dem Württ. Landesverband gezollt für ihr energisches Eintreten für den Hausbesitz, kritisiert aber auch das saumselige Verhalten der Hausbesitzer, ihre Ausgaben zur Unterhaltung der Gebäude der Vereinsleitung zur Weitergabe an den Landesverband mitzuteilen als Nachweis dafür, was der Hausbesitz für die Unterhaltung der Gebäude in den letzten Jahren aufwandte; um deren Mitteilung an den Vorstand wurde im ureigensten Interesse der Hausbesitzer dringend gebeten. Am 18. April soll in ganz Deutschland eine Protestkundgebung stattfinden gegen die Steuerlast im allgemeinen und die den Hausbesitzer besonders belastende Gebäudeentschuldungssteuer im besonderen. Hier findet dieselbe Sonntag nachmittag statt, zu deren zahlreicher Beteiligung aus Stadt und Bezirk aufgefordert wurde; Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Mitteleuropa behauptet sich immer noch. Für Freitag und Samstag ist heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 7. April. (Gemeinderatssitzung am 6. April.) In der heutigen Sitzung berichten der Ortsvorsteher und der Geschäftsführer des Siedelungsvereins Birkenfeld G. m. b. H. Ratschreiber Bürkle, über den derzeitigen Stand der Bauarbeiten im Siedelungsgelände. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß die Heimstätten nunmehr alle so weit hergestellt sind, daß diese im Laufe d. M. bezogen werden können. Weiter berichtet der Geschäftsführer, daß als Kaufsliebhaber bereits mehrere einige Auswärtige aufgetreten sind, die gegen entsprechende Anzahlung eine Heimstätte zu erwerben gedenken. Es erhebt sich nun die Frage auf, ob bei der heutigen Wohnungsnot auch auswärtige Käufer für die Heimstätten zugelassen werden sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Siedelungsverein gezwungen ist, zur Abdeckung seiner kurzfristigen Darlehen die Heimstätten kaufweise gegen entsprechende Anzahlungen abzutreten und, falls für alle Heimstätten keine hiesigen Käufer auftreten, auch die Angebote auswärtiger Käufer anzunehmen. Vom Gemeinderat wird über diese Frage eingehend beraten und sodann beschlossen, den Geschäftsführer zu beauftragen, nochmalige Aufforderung zum Kauf von Heimstätten zu erlassen unter Bekanntgabe der näheren Verkaufsbedingungen. — Mit Erlaß vom 27. v. M. hat das Oberamt gegen den am 25. Febr. d. J. festgestellten Voranschlag des Gemeindehaushalts für das Rechnungsjahr 1925 Einsprache erhoben. Der Ortsvorsteher gibt die beanstandeten Punkte bekannt, worauf der Gemeinderat entsprechende Abänderungen beschließt. Mit dem genannten Erlaß teilt das Oberamt mit, daß mit Zustimmtheit anzunehmen ist, daß der im Voranschlag eingestellte Zuschußbetrag aus dem Ausgleichsstock in Höhe von [illegible] R.M. den tatsächlich in Aussicht zu nehmenden Zuschuß wesentlich übersteigt, sodaß eine endgültige Festsetzung des Gemeindeumlagesatzes erst erfolgen kann, wenn die Höhe des zu erwartenden Zuschusses genau bekannt ist. Es wird [illegible] bei eine wesentliche Ueberschreitung des vom Gemeinderat festgesetzten in Aussicht genommenen Gemeindeumlagesatzes von [illegible] nicht umgehen lassen. — Gemäß der Bekanntmachung des Präsidenten des Landesfinanzamtes vom 27. März d. J. werden für den für die Veranlagung des Gemeindebezirks zuständigen Grundwert- und Gewerbeausschuß der Ortsvorsteher und der Ratschreiber je als ordentliches Mitglied und als Stellvertreter gewählt. — Nachdem die Wahlperiode der bisherigen Abgeordneten zur Amtsversammlung am 31. Dez. v. J. abgelaufen ist, muß gemäß Art. 27 der Bezirksordnung für die Rechnungsjahre 1926 bis 1928 eine Neuwahl vorgenommen werden. Nach der Feststellung des Oberamts sind von der hiesigen Gemeinde zwei Abgeordnete und außerdem ein oder mehrere Stellvertreter zu wählen. Bei der geheimen schriftlichen Abstimmung erhielten als Abgeordnete zur Amtsversammlung Schultheiß Fazler 9, Gemeinderat Seufer 7, als Stellvertreter Gemeinderat Dangelmaier 10 und Gemeinderat Reißer 5 Stimmen. Die übrigen Stimmen verteilten sich auf die Gemeinderäte Bester, Bossert, M. Roth, W. Roth und Brenner. — Einige kleinere Verwaltungssachen wurden nach kurzer Beratung erledigt, sodaß die Sitzung gegen 11 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen werden konnte.

Grunbach, 6. April. Mit großem Interesse sieht man einem Unternehmen entgegen, mit dem in allernächster Zeit begonnen werden soll. Es handelt sich um die Ausbeutung des hier vorkommenden Schwerspats, aus dem ein Mittel zur Stahlhärten gewonnen werden soll. Die Hauptader dieses Steinart befindet sich in dem steilen Abhang gegen das Angelbachtal zu, welcher als Rippberg bezeichnet wird. Hier hat sich der Unternehmer, ein Herr aus Nürnberg, welcher schon einige Bergwerke besitzt, bereits den erforderlichen Platz gesichert. Die Stelle, wo mit den Vorarbeiten begonnen wird, liegt an der Straße Grunbach-Unterreichenbach und zwar ganz in der Nähe der Einmündung des Fußwegs von der Haltestelle Grunbach-Salmbach in obige Straße, 300 Meter unterhalb der Ortschaft. Die Gemeinde Grunbach hat natürlich großes Interesse an dem Zustandekommen dieses Werkes, einesteils aus direkten finanziellen Gründen wegen der Steuereinnahmen und andererseits wegen der Möglichkeit, bei ergiebiger Ausbeute eine größere Anzahl Arbeitsloser unterzubringen.

△ **Herrenalb**, 7. April. (Reichsgesundheitswoche.) Unter Vorsitz von Stadtschultheiß Grüb haben sich gestern im Rathaussaal Vertreter der Aerzte- und Lehrerschaft zu einem Ausschuß zusammengefunden, welcher zunächst die Hauptgesichtspunkte für die Durchführung des Gedankens einer Reichsgesundheitswoche besprach. Vorgesehen sind zwei Lichtbildervorträge am 18. und 25. April mit Gesangsvorträgen im Kursaal. Weitere Mitteilungen werden demnächst folgen.

Württemberg.

Stuttgart, 7. April. (Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh aus den österreichischen politischen Bezirken Bludenz und Bregenz in Vorarlberg.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nachdem die Maul- und Klauenseuche in den österreichischen politischen Bezirken Bludenz und Bregenz in Vorarlberg erloschen ist, wird durch eine im Staatsanzeiger veröffentlichte Verordnung des Ministeriums des Innern die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh aus diesen Bezirken wieder zugelassen.

Altingen, OA. Herrenberg, 7. April. (Ein Bubenstreich.) An der Straße nach Reusten wurde ein dem Bauern Gach gehörender Apfelbaum, der in seinem Stamm eine Höhlung hatte, in dieser Höhlung angezündet. Da das Feuer die ganze Nacht hindurch schwelte, wurde nicht nur der Stamm ausgebrannt, sondern auch die unteren Aste fingen Feuer.

Böhmenkirch, OA. Geislingen, 7. April. (Revolverheld.) Am Osterfeiertag wurde durch einen jugendlichen Revolverhelden gestört. Ein junger Mann aus Geislingen war im Gasthaus zur „Post" eingekehrt und befand sich in Gesellschaft jüngerer Leute. Als er gegen 10 Uhr aufbrechen wollte, bemerkte er an seinem Jahrrad, daß die Luft ausgegangen war. In der Annahme, einer der Gesellschaft habe ihm einen Streich gespielt, betrat er die Wirtschaft, zog seinen Revolver, bedrohte die Gäste und gab alsbald drei Schüsse auf sie ab, die zum Glück fehl gingen. Dieses Bubenstück brachte die Wirtsleute

Nikolaus Brenneisen.

Von Pfarrer O. Rill, Loffenau.

(Fortsetzung und Schluß.)

Wie endlich nach langen Verhandlungen der Friede zusammengeleimt war, da war der allerzäheste und unnachgiebigste der Herr von Herrenalb-Loffenau, Nikolaus Brenneisen. Zwar in Herrenalb selber konnte er sich nicht mehr halten, auch war er schwer krank. Trotzdem hat er am 12. November 1648 wie ihn der Neuenbürger Vogt Kull in Merklingen besuchte, nichts von Frieden wissen wollen. Erklärlich. Auch der Alpirsbacher Abt schrie: „Ein Dreck ist Fried," wie man ihm den Frieden verkündigte. Denn Frieden hieß für die Klöster: Herausgabe und Uebergang an Württemberg. Aber am 11. Dezember mußte Brenneisen doch dem Kommissär Imlin gestehen, daß er ja gar nimmer Herr sei, er habe seine Bauern schon seit Wochen aus der Hand verloren, sie seien ganz rebellisch und wollen auf kein Gebot noch Verbot mehr etwas geben. Und doch wird der zähe Mann noch einmal widerhaarig. Am 24. Januar 1649 erklärt er wieder, „er könne die Untertanen ihrer Pflichten nicht entlassen, denn sie parierten ihm ohnedem schon zwei ganze Monat nimmer." Aber am 27. Januar 1649 müssen die „Untertanen" von Loffenau, Neusatz, Rotenfol, Bernbach in Neuenbürg Württemberg huldigen. Es sind 54 Mannspersonen, 8 ledige Gesellen und 9 Witweiber. (Die ganze Summe der huldigenden Untertanen des Klosters waren 345, am 25. war die Huldigung der andern in Merklingen.) Der Kommissär Imlin hat dem Herzog darüber berichtet, wie zu lesen im 11. Band des Friedenspaktes über den Frieden zwischen Kaiser und Schwaben: „diese Leute bitten inständig um einen Pfarrer, insonderheit Loffenau, allwo es in (= gegen) 200 Seelen habe und etliche schon dem gewesten Prälaten und Religion sehr nachgeeifert gehabt, allein wegen Ermanglung eines evangelischen Predigers". Damit stoßen wir noch einmal auf den Mann, dessen Name über dem Abschnitt steht, dessen Lebensbild ich zu runden suchte, so gut es ging: Nikolaus Brenneisen. Auch er hat wie Sebastian Bürster von vielen sagt: „große Gefahr, Mühe und Arbeit ausgestanden, schmale Mäus gezogen, Leib und Leben dran gewagt, ist gefangen und übel traktiert worden und doch allezeit beständig und unverzagt gewesen und geblieben."

Nachtrag.

Ich habe oben geschrieben, Brenneisen werde 1635 oder Ende 1634 wieder nach Herrenalb gekommen sein und dann habe er die Pfarrer von Dobel und Loffenau vertrieben, d. h. verjagt. Vorher hatte ich anders geschrieben, nämlich: einen evangelischen Pfarrer hat es damals in der Gegend nimmer gegeben, also hatte er auch keinen mehr zu vertreiben. Nun ist mir neuerdings von befreundeter Seite noch etwas mitgeteilt worden über Loffenau und Dobel, das hier folgen soll.

Im Juli 1635 nämlich haben sich die Consistorialräte in Stuttgart beraten und an die kaiserliche Regierung, die König Ferdinand am 20. September 1634 schon in Stuttgart eingerichtet hatte (Stadthalter und Regierungsräte als in erobertem Land) gebracht, der Kaiser habe eigentlich noch keine Reformation ins Katholische angeordnet. Sie bezog sich nun eben darauf, daß der Abt von Alpirsbach, der Pfarrer von Reinerzau verjagt hatte, der von Lerchenberg, Pfarrer von Frioldheim, der von Maulbronn den von Ottenheim und der Abt von Herrenalb den Pfarrer von Loffenau. Wenn das gewesen ist, kann ich freilich noch nicht genau sagen, eben zwischen Oktober 1634 und Juli 1635. Da aber das Dobel- und Loffenauer Kirchenbuch beide nach der Schlacht von Nördlingen (6. September 1634) abbrechen, werden jetzt im Gegensatz zu 1630 beide Pfarrer verjagt worden sein. 1641 auf 44 [illegible] im Bezirk besetzt folgende Pfarreien: Wildbad, Neuenbürg, Feldrennach, Gräfenhausen; von Dobel und Loffenau „tut hier mal der Spezial keine Meldung." 1647 dürfen die Dobler in der Kirche oder einem Haus zusammenkommen, „einen Psalm oder zwei miteinander singen, auch einer von ihnen eine Predigt lesen, ein Gebet sprechen, aber sie sollen behutsam vorgehen, sagt man ihnen vom Consistorium aus, damit der Jäger von Herrenalb nicht vor den Kopf gestoßen wird oder etwas anderes mit ihnen vornimmt." Der Jäger ist Nikolaus Brenneisen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gäste aus ihrer Ruhe, dem Revolverhelden wurde sein Heldentum übel belohnt. Er mußte ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden.

Dürdheim, OA. Spaichingen, 7. April. (Brand.) Heute nacht wurden die in der Nähe der Kirche aneinandergebauten Wohn- und Oekonomiegebäude des Anton Kupferschmid und Josef Mattes ein Raub der Flammen. Ein drittes Gebäude wurde von den Flammen ergriffen und ist ausgebrannt. Ein größerer Teil des Mobiliars konnte gerettet werden. Nach zweistündiger mühevoller Arbeit war die Gefahr beseitigt, obwohl die Wasserverhältnisse zu wünschen übrig ließen und nur ein Schlauch benützt werden konnte.

Biberach, 7. April. (Veruntreuungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse.) Wie von dem Verwaltungsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Biberach mitgeteilt wird, wurden bei der Kasse Unterschlagungen in Höhe von 5000 Mark verübt. Nur durch eine triefgründige Revision, die mehrere Wochen gedauert hat und die von der Kassenverwaltung selbst verlangt worden ist, sind die auf raffinierte Weise ausgeführten Unterschlagungen festgestellt worden. Der ungetreue Angestellte ist entlassen und der Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Verfolgung angezeigt worden.

Wißgoldingen, OA. Gmünd, 7. April. (Todesopfer.) Nachdem schon vor einigen Wochen die Unterklasse der Schule wegen Auftretens der Masern geschlossen werden mußte, sind nun in den letzten Tagen vier noch nicht schulpflichtige Kinder der Krankheit, zu der sich noch Lungenentzündung gesellte, erlegen. Einige weitere Erkrankte befinden sich in sehr bedenklichem Zustand.

Baden.

Aus Baden, 7. April. In Triberg stürzte der Schaffner Wiedemer aus Offenburg kurz vor Abgang des Personenzuges nach Villingen beim Oeffnen eines Gashahnens vom Wagen und fiel auf das benachbarte Gleis, wo im gleichen Augenblick eine Rangierabteilung passierte, die den Körper des Verunglückten entzweischnitt. — Bei Ottenau im Murgtal wurde ein 56jähriger Bäcker aus dem Enztal, der zwei ihm entgegenkommenden Automobilen ausweichen wollte, von dem einen der beiden Wagen erfaßt und gegen eine Mauer geschleudert, sodaß er sofort tot war. — Auf der Station Walldorf bei Heidelberg wurde der 53jährige Weichensteller Matthias Kögel von einem Schnellzug erfaßt. Er erlag seinen Verletzungen.

Vermischtes.

Explosion auf dem früheren Kriegsschauplatz. Bei St. Lupemin spielten gestern drei Brüder im Alter von 16, 11 und 5 Jahren mit einer Granate, die sie in einem Feld gefunden hatten. Der jüngste der Knaben schlug mit einem Nagel in das gefährliche Fundstück. Das Geschoß explodierte. Der arme Junge wurde vollständig in Stücke gerissen, während seine Brüder schwer verletzt wurden.

Dwostep-Klänge als Leichenmusik. In einer spanischen Ortschaft wurde ein 80jähriger Mann bei den Dwostep-Klängen einer Musikkapelle und dem Kastagnetten-Tanz eines Mädchenreigens zu Grabe getragen. Bei Eintritt des Leichenzuges in den Friedhof wurde mit fröhlichen Weisen zum Tanz gespielt, an dem der zahlreiche Bekanntenkreis des Verstorbenen teilnahm. So wollte es das letzte Vermächtnis des Toten, dessen Sarg vorher von ihm selbst ausgesuchte Kränze schmückten.

Die Rückkehr der spanischen Flieger. Gestern vormittag ging der argentinische Kreuzer „Buenos Aires", an dessen Bord die spanischen Flieger, die den atlantischen Ozean mit Major Franco am Steuer auf seinem Dornier-Wal überflogen hatten, nach Spanien zurückkehrten, im Hafen von Hudda vor Anker. Der argentinische Kreuzer, von einem spanischen Geschwader und zahlreichen Flugzeugen begleitet, fuhr an dem spanischen Kreuzer „Cataluna" vorbei, auf dem sich der König befand. Die Flieger wurden vom König zu ihrem Erfolg warm beglückwünscht. Der Kommandant des Kreuzers „Buenos Aires" übermittelte dem König die Grüße des Volkes und der Regierung Argentiniens. Das ganze amerikanische diplomatische Korps übermittelte die warmen Glückwünsche aller amerikanischen Länder. Der Botschafter der Vereinigten Staaten übergab dem König ein herzlich gehaltenes Telegramm des Präsidenten Coolidge. Der König und sein Gefolge, die Flieger und die argentinischen Seeleute begaben sich dann nach dem Franziskanerkloster La Rabida, wo in Anwesenheit der Führer der amerikanischen Missionen eine feierliche Sitzung der kolumbischen Akademie stattfand, die eine der bedeutungsvollsten ibero-amerikanischen Kundgebungen darstellt.

Zweistöckige Häuser in viereinhalb Tagen gebaut. Die Stadtverwaltung der englischen Stadt Taunton führt gegenwärtig ein Bauprogramm durch, bei dem die Errichtung von Wohnhäusern aus Beton unter Zuhilfenahme hölzerner Gußformen vorgesehen ist. Das zweistöckige Einfamilienhaus kann nach den „B.D.J.-Nachrichten" in der Zeit von 4½ Tagen fertiggestellt werden und kostet 425 Pfund Sterling. In diesem Preis sind die Kosten für Lieferung und Einbau des gesamten Installationsmaterials bereits enthalten. Die Arbeit wird zu 80 Prozent von ungelernten Arbeitskräften verrichtet. Die ersten Versuchshäuser haben die vergangene Frost- und Nässeperiode ohne Schaden überstanden.

Aufstieg der „Los Angeles". Das amerikanische Luftschiff „Los Angeles", das 1924 in Friedrichshafen erbaute „L. Z. 126", wird am kommenden Samstag seinen ersten Flug nach der Zerstörung des Luftschiffes „Shenandoah" unternehmen.

Absturz eines britischen Militärflugzeugs in Indien. Das englische Luftfahrtministerium gibt bekannt, daß ein britisches Militärflugzeug am Dienstag bei Aravurum in Indien abgestürzt ist. Drei Insassen, davon zwei Offiziere, waren auf der Stelle tot.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 7. April. (Schlachtviehmarkt.) Dem wegen der Feiertage am Mittwoch abgehaltenen Schlachtviehmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 28 Ochsen, 26 Bullen, 150 Jungbullen (unverkauft 20), 144 Jungrinder, 83 Kühe, 664 Kälber, 724 (10) Schweine, 13 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 44—47 (letzter Markt: 43—46), 2. 31—42 (31—41), Bullen 1. 43 bis 45 (uns.), 2. 39—42 (38—42), Jungrinder 1. 50—53 (49—52), 2. 43 bis 48 (42—47), 3. 36—41 (35—40), Kühe 30—40 (30—39), 2. 18 bis 28 (unv.), 3. 12—17 (unv.), Kälber 1. 79—81 (78—80), 2. 71 bis 76 (70—76), 3. 63—69 (55—67), Schafe 80 (78—80), Schweine 1. 80—81 (78—79), 2. 79—80 (77—78), 3. 77—79 (75—77), 3. 74 bis 76 (68—73), Sauen 58—68 (57—68) Mk. Marktverlauf: mäßig belebt.

Neueste Nachrichten.

München, 7. April. Gegen den Verfasser des „Fröhlichen Weinberg", Karl Zuckmayer, wurde wegen Veröffentlichung seines Gedichtes „Wenn der Wind im Frühling bläßt" in der „Allgemeinen Zeitung am Abend" und gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Allgemeinen Zeitung ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung anhängig gemacht.

Garmisch, 8. April. Der Lokomotivführer des gestrigen Mittagszuges nach Reute wurde von einem Unwohlsein befallen. Bei dem Versuch, die Tür der elektrischen Lokomotive zu öffnen, fiel er heraus und wurde später bewußtlos mit einer Verletzung am Kopf neben dem Geleise gefunden. Die Geschwindigkeit des führerlos gewordenen Zuges erhöhte sich immer mehr, bis unterhalb der Haltestelle „Schanze" der Zugführer die Notbremse zog. Die elektrische Maschine sprang aus dem Geleis und fuhr in den etwa ein Meter tiefen Böschungsgraben. Der nachfolgende Packwagen und 3 Personenwagen entgleisten und stürzten um. Dabei erlitt eine Person schweren Schädelbruch, 40 Personen wurden leicht verletzt. Sämtliche Verletzte stammen aus hiesiger Gegend.

Essen, 7. April. Gestern früh wurde im Walde eine männliche und eine weibliche Leiche mit Kopfschüssen aufgefunden. Es handelt sich anscheinend um einen Doppelselbstmord. Die Toten sind zwei junge Menschen im Alter von 20 bis 25 Jahren. Bei dem Manne wurde eine Zettel gefunden, auf dem stand, daß beide aus Not infolge Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen sind.

Dresden, 7. April. In dem Prozeß wegen der Unterschlagungen beim Sächsischen Volksopfer vor dem gemeinsamen Schöffengericht wurde heute abend das Urteil gefällt. Es lautete gegen den Spielhalle Dr. Meisner auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen den Geschäftsführer, Hauptmann a. D. Löffler, auf zwei Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen den Buchhalter und Kassierer Gündel auf acht Monate Gefängnis und gegen die Kontoristin und Privatsekretärin Langguth auf 70 Mark Geldstrafe.

Dresden, 7. April. Bei der König Friedrich-August-Mühlenwerke A.-G. sind Unterschlagungen eines Prokuristen in Höhe von 22 000 Mark festgestellt worden.

Mecklenburg, 7. April. In Bad Doberan ist ein Kaufmann und seine Haushälterin verhaftet worden. Sie unterhielten ein unerlaubtes Verhältnis und haben nach der Geburt eines Kindes dieses beiseite geschafft. Nach längerem Suchen fand die Ortspolizei die kleine Leiche in einem Wagenschuppen tief vergraben auf. Wie verlautet, soll das Kind bei der Geburt gelebt haben. Beide sind überführt. In der Angelegenheit steht noch eine weitere Verhaftung bevor.

Berlin, 7. April. In dem Prozeß gegen den Staatsanwaltschaftsassessor a. D. Kußmann und den Hauptmann a. D. Knoll, die im Zusammenhang mit der Barmat-Kutisker-Affäre wegen Beiseiteschaffung von Urkunden angeklagt wurden, erfolgte in der heutigen Hauptverhandlung Freisprechung beider Angeklagten mit der Begründung, daß nichts erwiesen sei, das die Anklage rechtfertigen könne. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Berlin, 7. April. Wie mitgeteilt wird, ist die Frau des getöteten Architekten Oberreuter mit dem Arzte Dr. Bröscher, der den Tod des Architekten verschuldet haben soll, am Karfreitag aus Köln geflüchtet. Es wird angenommen, daß die beiden bereits über die Grenze entkommen sind.

Berlin, 7. April. Wegen der Einsprüche gegen die Durchführung des Volksbegehrens wird das Wahlprüfungsgericht nicht zusammentreten, da eine Aenderung an dem praktischen Ergebnis des Volksbegehrens nicht möglich ist und außerdem die Zahl der eingegangenen Einsprüche sehr gering ist. — Der Berliner Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, den Königsplatz in Platz der Republik umzutaufen, zugestimmt. — Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im März ds. Js. durch den „Reichsanzeiger" 1871 neue Konkurse — ohne die wegen Massemangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnungen — und 1481 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Februar stellen sich auf 1998 bzw. 1573.

Paris, 7. April. Briand hat gestern dem spanischen Botschafter mitgeteilt, daß Frankreich geneigt sei, mit Abd el Krim Frieden zu schließen.

San Franzisko, 8. April. In San Franzisko schlug gestern vormittag der Blitz in vier der Union Oil Company gehörende Petroleumreservoire, die insgesamt 3 700 000 Barll Petroleum fassen. Das Petroleum fing Feuer und explodierte. Hunderte von Menschen sind zurzeit damit beschäftigt, Dämme aufzuwerfen, um zu verhindern, daß sich der Brand auf fünf weitere Reservoirs ausdehnt. Durch die Explosion wurden Hunderte von Fensterscheiben zertrümmert und die ganze Stadt erschüttert. Der Brand ist wohl der größte in der bisherigen Geschichte der Petroleumindustrie.

Tokio, 7. April. Der Marinehaushalt sieht eine Vermehrung der gegenwärtigen Flugzeuggeschwader vor. Die bis jetzt bestehenden 12 Geschwader sollen bis 1931 auf 28 erhöht werden.

Endgültiges Ergebnis des Volksbegehrens in Württemberg und Hohenzollern.

Stuttgart, 7. April. Zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des Volksbegehrens (Enteignung der Fürsten) im 31. Stimmkreis Württemberg-Regierungsbezirk Sigmaringen trat heute nachmittag der Stimmausschuß im Sitzungssaal des württembergischen Ministeriums des Innern zusammen. Die endgültige Zahl der für das Volksbegehren abgegebenen Stimmen beträgt in Württemberg 467 835, im Regierungsbezirk Sigmaringen 10 199, zusammen 478 034, das sind 1998 weniger gegenüber dem vorläufigen Ergebnis. Allein der Oberamtsbezirk Waiblingen hatte bei der endgültigen Zusammenstellung 1500 Stimmen weniger gemeldet. Anstände hatten sich in elf württembergischen Oberamtsbezirken ergeben. Bei zwei Gemeinden waren die Eintragungslisten beim Versand durch die Post an das Oberamt verloren gegangen. In vier Gemeinden waren Unterschriften unter dem Vorbehalt abgegeben worden, daß das Privatvermögen der Fürsten nicht enteignet werden solle. In einer Gemeinde nahm der Ortsvorsteher wohl die Eintragungsscheine zu den Akten, ohne aber die Eintragungsberechtigten die eigentliche Eintragung vornehmen zu lassen. In zwei Gemeinden hatten sich Personen eingetragen, die weder in der Stimmliste liefen, noch sich Eintragungsscheine hatten geben lassen. In vier Gemeinden war die Liste vom Polizeidiener von Haus zu Haus getragen und die Eintragung in den Häusern vorgenommen worden. In einer Gemeinde hatte jeweils nur ein Mitglied einer Familie die Eintragung eigenhändig vorgenommen und dann zugleich die Namen der übrigen Familienmitglieder miteingetragen. Der Stimmausschuß beschloß, in diesen sechs Fällen sämtliche Eintragungen für ungültig zu erklären. In einer Gemeinde ergab sich nach der Anstand, daß der Schultheiß die Eintragungsliste abends während der Gesangstunde eines Vereins im Wirtschaftslokal aufgelegt hatte. Diese Eintragung wurde jedoch vom Stimmausschuß für gültig erklärt. Im Regierungsbezirk Sigmaringen haben sich keinerlei Anstände ergeben.

Die Beisetzung August Thyssens.

Kettwig v. d. Brücke, 7. April. Die Leiche August Thyssens war in dem zu einer Kapelle umgewandelten großen Saale des Thyssenschen Schlosses Landsberg aufgebahrt worden. Kurz nach 3 Uhr nahm Kardinal Schulte in Gegenwart von Vertretern des Reichspräsidenten und der einzelnen Minister in Anwesenheit des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und zahlreicher führender Persönlichkeiten der Wirtschaft die feierliche Einsegnung der Leiche vor. Gleichzeitig unterbrachen sämtliche Werke Thyssens zum Zeichen der Trauer für fünf Minuten ihren Betrieb. Mit einem Gebet schloß die Feier. Während die vereinigten Gesangvereine der Thyssenwerke einen Psalm vortrug, wurde der Sarg auf den Leichenwagen gehoben und der Zug, in dem sich sehr viele Fahnen befanden, setzte sich zum Friedhof in Bewegung. Auf dem Wege zum Grabe bildeten Werksangehörige, Bergknappen in Galauniform mit umflorten Grubenlampen, Eisenbahner u. Feuerwehr der Werke Spalier. Auf dem auf Bergeshöhe gelegenen Waldfriedhof wurde August Thyssen in einem einfachen Grabe zur letzten Ruhe gebettet.

Schweres Explosionsunglück bei Dresden.

Dresden, 7. April. Gestern morgen erplodierte in den Sulfit- und Cellulosefabriken von Hösch & Co. in Heidenau ein Cellulosekocher mit einem Gesamtinhalt von etwa 160 Kubikmeter, wodurch das Kesselhaus zum Teil zerstört wurde. Bisher konnten 7 Tote und 20 Verletzte geborgen werden; 2 Mann werden noch vermißt. Von den Verunglückten ist heute nachmittag noch einer gestorben, sodaß sich die Gesamtzahl der Todesopfer einschließlich der beiden Vermißten, zu denen man noch nicht gelangen konnte, auf 10 erhöht. Das Befinden der übrigen Verletzten ist unverändert. Bei mehreren ist das Augenlicht durch die schweren Schwefelvergiftungen sehr gefährdet. Die Aufräumungsarbeiten werden noch die ganze Nacht in Anspruch nehmen. Der Betrieb der Fabrik ist auf längere Zeit unterbrochen.

Hindenburgs Dank an Dr. Reinhold.

Berlin, 7. April. Der Reichspräsident hat an den Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold folgendes Schreiben gerichtet: „Mit lebhafter Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß es in diesem Jahre der vereinten angestrengten Arbeit des Reichsfinanzministeriums und des Reichstags wie des Reichsrats zum ersten Mal seit 13 Jahren wieder gelungen ist, trotz mannigfacher Schwierigkeiten das Reichshaushaltgesetz rechtzeitig zu verabschieden und so der Wirtschaft des Reiches die gesetzesmäßige Unterlage für das neue Rechnungsjahr zu geben. Ebenso durfte ich mit Befriedigung feststellen, daß auch die der Linderung der Notlage unserer Volkswirtschaft dienenden Steuergesetze trotz anfänglicher parlamentarischer Schwierigkeiten von einer großen Mehrheit des Reichstags verabschiedet werden konnten. Daß beides erreicht worden ist, ist neben den Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers in hervorragendem Maße der umsichtigen und unermüdlichen Arbeit zu danken, mit der Sie, Herr Reichsminister, und die leitenden Beamten Ihres Ressorts dieses wichtige Werk der Gesetzgebung behandelt und durchgeführt haben. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen und den beteiligten Herren des Reichsfinanzministeriums hierfür meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen."

Das 60jährige Militärjubiläum von Hindenburgs.

Berlin, 7. April. Die Umgebung des Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße war heute schon in den ersten Vormittagsstunden von einer dichten Menschenmenge besucht, die Zeuge des militärischen Schauspiels anläßlich des 60jährigen Militärjubiläums des Reichspräsidenten sein wollte. Die Bürgersteige am Palais selbst waren dicht gefüllt mit Zuschauern, darunter vielen Schulkindern, die Fähnchen trugen. Im Palais war die Freitreppe mit Lorbeerbäumen geschmückt. Um 9.30 Uhr wurde die Feier mit einer Morgenmusik eingeleitet, die die drei Bataillonskapellen des Infanterieregiments Nr. 9 dem Reichspräsidenten in seinem Palais darbrachten und die der Reichspräsident vom Balkon des Palais anhörte. Um 10 Uhr machte der immer stärker werdende Andrang auf der Straße die ersten Absperrungen notwendig, die dann später, als die Stunde des Aufmarsches der Ehrenkompagnie näher rückte, noch verstärkt wurden. Als erster Gratulant vom diplomatischen Korps erschien der englische Lord d'Abernon. Nachdem die Ehrenfahnenkompagnie im Vorhof zum Reichspräsidentenhause Aufstellung genommen hatte, begab sich der Reichspräsident in der Uniform des Feldmarschalls, von den zahlreichen Zuschauern mit stürmischen Hochrufen begrüßt, zur Fahnenkompagnie, deren Front er abschritt.

Um 12 Uhr fand im großen Saal des Präsidentenhauses die Erinnerungsfeier statt, an der zahlreiche Vertreter des militärischen Lebens teilnahmen. Reichswehrminister Dr. Geßler hielt darauf folgende Ansprache: „Herr Reichspräsident! Heute jährt es sich zum 60. Male, daß Sie, Herr Reichspräsident, in die preußische Armee eingetreten sind. An diesem Gedenktage nimmt die junge Wehrmacht des Reiches den herzlichsten Anteil, nicht nur, weil Sie unser Oberbefehlshaber sind, sondern vor allem, weil wir in Ihrem Leben die Verkörperung der höchsten militärischen Tugenden sehen, die Tugenden der Pflichttreue, Tapferkeit und Vaterlandsliebe. Wir haben heute ein Recht, unsere Blicke mit Stolz und Dankbarkeit auf den Feldmarschall des alten und Oberbefehlshaber des neuen Heeres zu richten und wir richten die heiße Bitte zum Himmel, daß Gott Sie, Herr Reichspräsident, als großes Vorbild der Führer und ein treuer Führer dem Vaterland noch recht lange erhalten möge.

Der Herr Reichspräsident erwiderte hierauf wie folgt: „Mein Herr Reichswehrminister! Haben Sie herzlichen Dank für die Glückwünsche, die Sie mir zum heutigen 60jährigen Gedenktag meines Diensteintrittes namens der Wehrmacht des Reiches dargebracht haben. Aus den Worten, die Sie an mich richteten, entnehme ich mit besonderer Befriedigung die Zusicherung, daß die Reichswehr sich als Erben der hohen Tradition der alten Armee fühlt und es als ihre oberste Pflicht empfindet, die Tugenden, die unser altes Heer beseelten, stets zu pflegen. Sie werden es mir als Soldaten nicht verdenken, daß ich heute, umgeben von diesen ehrwürdigen, ruhmbedeckten Feldzeichen, unter denen ich den größten Teil meines Lebens verbracht habe, in demütiger schmerzlicher Erinnerung an die stolze alte Armee zurückdenke. Sie war ein Volksheer, das nicht nur seinen Zweck, das Vaterland zu schützen, ehrenvoll erfüllt hat, sondern darüber hinaus eine Erziehungsstätte für unser ganzes Volk war, eine hohe Schule der Pflichterfüllung und der Vaterlandsliebe. Was wir an ihr verloren haben, können wir in seiner vollen Bedeutung erst jetzt empfinden, wo sie nicht mehr ist. Die neue Wehrmacht des Reiches, deren Vertreter ich hier vor mir sehe, mußte auf anderer Grundlage errichtet werden. Nur gering ist ihre Stärke und an die Stelle der Ehrenpflicht allgemeinen Waffendienstes ist die freie Dienstverpflichtung getreten. Aber dadurch, daß die neue Wehrmacht an die große Tradition unserer militärischen Vergangenheit anknüpft und dadurch, daß sie die hohen Tugenden selbstloser Pflichttreue, hingebender Vaterlandsliebe und opferfreudigen Tapferkeit übernimmt und erbält, ist auch sie ein Hort nationaler Kraft und eine Gewähr für die Erhaltung der soldatischen Eigenschaften in unserem Volke geworden. Von diesem Geiste erfüllt, wird — so bin ich überzeugt — auch die gegenwärtige Reichswehr und Reichsmarine getreu ihrem Fahneneid stets ihre Pflicht tun. Sie wird unbeirrt vom Lärm der Gegenwart sich von keinem anderen Gedanken leiten lassen, als von der hingebenden Vaterlandsliebe und von der Ueberzeugung, in immer selbstloser Arbeit der Zukunft des deutschen Volkes am besten zu dienen. So grüße ich, der alte Soldat, an diesem Tage der Erinnerung an die Ruhmeszeit des alten Heeres, die neuerstandene Wehrmacht des Reiches mit gläubiger Zuversicht, daß sie stets der Taten der Väter würdig sein wird. Gemeinsam, als Kameraden, wollen wir uns zu Deutschland bekennen, indem wir rufen: Unser geliebtes teures Vaterland. Hurra!"

Darnach empfing der Herr Reichspräsident eine größere Anzahl von Abordnungen militärischer und kameradschaftlicher Vereine. Auf die Glückwünsche der Abordnungen antwortete der Herr Reichspräsident mit Worten des Dankes für die erwiesene treue Gesinnung und Anhänglichkeit. Für heute Abend ist ein gemeinsames Essen vorgesehen, zu dem zahlreiche alte Kameraden, die Abordnungen der Traditionstruppenteile, die Generalität der Reichswehr und die leitenden Offiziere des Reichswehrministeriums sowie der Führer der Vereinsabordnungen und andere geladen sind.

Während der Feier im Reichspräsidentenpalais versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Hause, die stürmisch den Reichspräsidenten zu sehen begehrte. Der Herr Reichspräsident zeigte sich mehrmals auf dem Balkon, wobei er durch begeisterte Zurufe begrüßt wurde. Auch wurde die Nationalhymne und andere vaterländische Lieder gesungen.

München, 7. April. Die Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei, Landesverband Bayern) hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg anläßlich seines 60jährigen Militärjubiläums ein Glückwunschtelegramm gesandt, in dem sie ihm, dem zielbewußten Führer im schweren Kampf um Deutschlands Aufstieg vertrauensvolle Gefolgschaft gelobt.

Glückwunsch der Industrie an Hindenburg.

Berlin, 7. April. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat an Hindenburg folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet: „Am heutigen Tage, an dem es Ew. Exzellenz vergönnt ist, die seltene Feier des 60jährigen Militärjubiläums zu begehen, bringt der Reichsverband der Deutschen Industrie hiermit seine ehrerbietigen und herzlichen Glückwünsche dar. Er gedenkt in Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste, die Ew. Exz. sich in schweren Kriegszeiten um die Verteidigung des Vaterlandes erworben haben. Insbesondere wird die deutsche Industrie niemals vergessen, daß nur infolge der engen Zu-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung die Durchführung des wirtschaftlichen Rüstungsprogramms, das stets mit dem Namen Ew. Exz. verknüpft sein wird, möglich war. Das leuchtende Vorbild von rastloser und äußerster Pflichterfüllung Ew. Exz. war jedem in der Industrie tätigen Deutschen neben dem aus seiner Vaterlandsliebe entspringenden Willen ein Ansporn zur Hergabe aller Kräfte für das Reich. Möge es Ew. Exz. beschieden sein, noch lange Jahre in dem andauernden Ringen um des Reiches und seiner Wirtschaft Zukunft unser bewährter Führer zu bleiben.

Zu den Unregelmäßigkeiten bei den Bahnhofumbauten in Neu-Bentschen und Frankfurt a. O.

Berlin, 7. April. Zu den Blättermeldungen über Unregelmäßigkeiten und Unterschleife bei den Bahnhofumbauten in Neu-Bentschen und Frankfurt a. O. wird von zuständiger Seite berichtet, daß die Reichsbahnverwaltung unverzüglich eine Untersuchung der Angelegenheit einleitete als im Sommer 1924 die ersten Anzeigen über Unregelmäßigkeiten einliefen. Auch die Staatsanwaltschaft wurde sogleich mit der Angelegenheit befaßt. Bereits im Sommer 1925 wurden der Staatsanwaltschaft geeignete Eisenbahnbeamte aus anderen Direktionsbezirken überwiesen, um die schwierige Aufgabe bis ins einzelne zu klären. Wenn immer wieder von der Unterschlagung von 20 Millionen gesprochen wird, so ist dies ungeheuer übertrieben, da bis heute nur etwa 14 Millionen zu dem Bau Neu-Bentschen verausgabt sind. Ganz ungeheuerlich übertrieben ist insbesondere auch die Annahme, daß 60 höhere und mittlere Beamte verdächtig oder gar schon angeklagt seien. Vielmehr ruht nur auf einzelnen Beamten der Verdacht strafbarer Handlungen.

Ein Attentat auf Mussolini.

Rom, 7. April. Mussolini eröffnete heute den Internationalen Chirurgenkongreß mit einer Ansprache. Gegen elf Uhr verließ er das Palais am Kapitol und durchschritt den Kapitolplatz. Die hier versammelte Volksmenge bereitete ihm eine große Kundgebung. Als Mussolini in sein Auto steigen wollte, näherte sich ihm eine alte Frau, die auf ihn aus unmittelbarer Nähe einen Revolverschuß abfeuerte. Mussolini erlitt eine leichte Verletzung des Nasenbeins. Er bewahrte aber seine Ruhe und sein kaltes Blut und gab sofort Anordnung für die Aufrechterhaltung der Ruhe. Die faschistische Menge wollte die Frau lynchen. Sie wurde aber verhaftet und ins Staatsgefängnis eingeliefert. Die Menge stürzte sich sofort auf die Frau und schlug sie nieder und nur mit größter Anstrengung konnte es die Polizei verhindern, daß sie totgeschlagen wurde. In der Hand hielt sie ein Fläschchen Gift, das sie nach dem Attentat anscheinend sofort einnehmen wollte, woran sie jedoch durch die Schläge der Umstehenden verhindert wurde. Die Verhaftete konnte erst nach längeren ärztlichen Bemühungen wieder zum Bewußtsein gebracht werden, da sie unter der Mißhandlung der Menge sofort ohnmächtig geworden war. Sie hat bisher nur Angaben über ihre Personalien gemacht, alle anderen Aussagen jedoch verweigert. Die Polizei entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, um die Mitverschwörer zu entdecken.

Rom, 7. April. Die Nachricht von dem Attentat auf Mussolini rief in allen Schichten der Bevölkerung Roms tiefe Erregung hervor. Besonders im Zentrum der Stadt sammelten sich riesige Menschenmassen an, die die schärfste Entrüstung über das Verbrechen zum Ausdruck brachten. Eine Volksmenge stürmte nach dem Attentat das Gebäude des oppositionellen Blattes „Il Mondo" und verwüstete es. Außerdem wurden oppositionellen Blätter aus den Zeitungsständen herausgerissen und verbrannt. Es sind strenge Befehle ergangen, alle Ausschreitungen zu unterdrücken. Die Urheberin des Attentats heißt Violet Alvina Gibson. Sie ist 50 Jahre alt, englischer Staatsangehörigkeit und gebürtig aus Dalkey (Grafschaft Dublin). Sie ist die dritte Tochter des verstorbenen Barons Ashbourne, des ehemaligen Lordkanzlers von Irland und die Schwester des gegenwärtigen Lord Ashbourne, der in Frankreich ansässig ist. Miß Gibson hat am 27. Februar 1925 in Rom einen Selbstmordversuch unternommen, bei dem sie sich in die Brust schoß. Sie hat damals erklärt, sie habe sich zu Ehren Gottes umbringen wollen und wurde daraufhin unter Beobachtung gestellt. Nach ärztlichem Gutachten ist die Verwundung Mussolinis keineswegs besorgniserregend. Um 4 Uhr nachmittags begab sich Mussolini nach dem Palais Vittorio, wo unter seinem Vorsitz die Parteisekretäre der Provinzen dem neuen Direktorium der Faschistischen Partei vorgestellt wurden. Nach dem Attentat wurden zwei Ausländer verhaftet, deren Namen nicht bekanntgegeben werden.

England und das Mussolini-Attentat.

London, 7. April. Das Attentat auf Mussolini hat in England größtes Aufsehen erregt. Alle Blätter erinnern an die bisherigen Attentate und geben eine Uebersicht über die politische Laufbahn Mussolinis, in der die Worte Diktatur, Tyrannei und Autokratie sehr oft wiederkehren. In keinem Blatt findet sich ein Wort der Anerkennung und selbst eine menschliche Teilnahme kommt nirgendwo zum Ausdruck. Ob Mussolini ein Beileidstelegramm der englischen Regierung erhalten wird, steht noch nicht fest. Die Tatsache, daß die Attentäterin britischer Untertan ist und den besten Kreisen der englischen Gesellschaft entstammt, erklärt die amtliche Stellungnahme. Der italienische Diktator, so schreibt der „Star" in redaktioneller Stelle, ist mit knapper Not einem Schicksal entgangen, dem Tyrannen immer ausgesetzt sind. Niemand könne anderen Menschen ein Regime der Knute auferlegen, ohne Repressalien heraufzubeschwören. Dennoch sei es psychologisch wahr, daß die Welt, wenn das Attentat geglückt wäre, weit mehr entsetzt sein würde, als über alle politischen Morde und Ueberfälle, die den Faschismus Italiens so diskreditiert hatten.

Das amerikanische Echo.

Newyork, 7. April. Die Newyorker Blätter berichten über das Attentat auf Mussolini in großer Aufmachung. Sie verurteilen zwar das Attentat an sich, heben jedoch hervor, daß Mussolini Diktator sei und daher mit Attentaten rechnen müsse. Die meisten Blätter üben bei dieser Gelegenheit wieder eine scharfe Kritik an Mussolini und weisen darauf hin, daß seine Machtpolitik Europa in neue Kriege stürzen könnte. Vielfach wird an das Attentat die Hoffnung geknüpft, daß sich Mussolini als eine ernste Warnung ansehen möge.

Amerika für eine Völkerrechts-Konferenz.

Newyork, 7. April. Am neunten Jahrestage des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg wurde im Senat folgende Resolution eingebracht: Um künftige Kriege zu vermeiden, wird Präsident Coolidge aufgefordert, alle zivilisierten Nationen der Welt zu einer Konferenz nach Amerika einzuladen, auf der das internationale Völkerrecht kodifiziert werden soll. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Senator Borah, unterstützt die Resolution.

Feine Lederwaren,
Koffer und Reise-Artikel, Kinderwagen
zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt
Lederwaren- u. Kofferhaus **Wilhelm Broß, Pforzheim,** Ecke Jerusalem- u. Bauschlag.

Württ. Forstamt Hirsau.
Beigholz-Verkauf
am **Dienstag, den 13. April 1926, vormittags 10 Uhr,** im „Löwen" in Hirsau aus Staatswald Lützenhardt, Abt. 20 Zellerkopf, 30 Ernstmühlerplatte, 31 Ernstmühlerkopf, 32 Ernstmühlerklinge, 33 Bauerhöhle, 37 Baurensteigle, 38 Alter Steig: Rm.: Buch.: 2 Spälter (1,20 Mtr. lg.), 70 Scheiter, 7 Prgl., 26 Klotzh., 8 Aussch.; Eich.: 1 Aussch.; Birke: 1 Aussch.; Nadelh.: 3 Prgl., 165 Aussch.; 2 Weym.-Fo.-Roll. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, GfO, Stuttgart.

Birkenfeld.
Zirka 20 bis 25 Zentner
Saatkartoffeln
(Industrie), pro Ztr. 4 Mk., hat zu verkaufen
Wilhelm Gohl, Landwirt, b. d. „Sonne".

Birkenfeld.
30 bis 40 Zentner gutes
Heu
hat zu verkaufen
G. Oelschläger, Rathausgasse 17.

Schwann.
Alle Sorten
Gemüse- u. Salatsetzlinge
Beerensträucher,
Busch- u. Hochstammrosen
sowie
Obstbäume
empfiehlt billigst
Carl Gentner, Gartenbau, Tel. 12.

Schömberg.
Zu verkaufen:
Zirka 60 Ztr.
Heu,
sowie ein älteres
Tafelklavier
zu **70 Mark.**
Gasthof z. „Ochsen".

Wildbad.
Jüngerer
Hausbursche,
nicht unter 18 Jahren, gesucht.
Café z. Rosenau, (A. Huß.)

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Ittersbach** versteigert am **Montag den 12. April 1926, vormittags 9 Uhr,** auf dem Rathaus aus ihrem Gemeindewald nachstehende Hölzer mit Vorgfrist bis 1. August 1926:

I. Fichtenstämme:	
545 Stück I.—VI. Klasse mit zusammen	505,35 Festm.,
II. Fichtenabschnitte:	
15 Stück I.—III. Klasse mit zusammen	16,36 Festm.,
III. Forlenstämme:	
300 Stück I.—VI. Klasse mit zusammen	213,62 Festm.,
IV. Forlenabschnitte:	
119 Stück I.—III. Klasse mit zusammen	116,03 Festm.,
V. Eichen:	
176 Stück I.—VI. Klasse mit zusammen	107,24 Festm.,
VI. Buchen:	
8 Stück III. und IV. Klasse mit zusammen	8,68 Festm.,
VII. Lärchen:	
11 Stück III.—V. Klasse mit zusammen	5,93 Festm.,
VIII. Birken:	
1 Stück III. Klasse mit	1,13 Festm.

Der Gemeinderat.

Mäntel von . . . . . Mk. **12.50**
Kostüme von . . . . . Mk. **19.00**
Kleider in Wolle von . . . . . Mk. **8.50**
Komplets in Rips von . . . . . Mk. **52.00**
Unerreicht große Auswahl - bekannt billige Preise!
Krüger & Wolff
Pforzheim - Schlossberg 7.

DT Turnverein — Unterer — Schömberg Schwarzwaldgau DT
Voreinladung!
Der Turnverein Schömberg, OA. Neuenbürg, begeht am **1. August 1926** sein **25jähriges Jubiläum** verbunden mit folgenden **Wettkämpfen: Dreikampf** in Unter- und Oberstufe, sowie Altersklasse im Gau, ferner **Wertungsturnen im Geräte-Mannschaftskampf** in und außer Gau, **Turnen** von **Turnerinnenabteilungen** in und außer Gau.
Die werten Turnvereine, sowohl in und außer Gau, werden hierzu schon heute zu zahlreicher Beteiligung höfl. eingeladen. **Der Ausschuß.**

Aeußerst preiswertes Baumaterial!
Alles franko Baustelle! Sofort lieferbar:

Falzziegel, 1. Wahl, pro		1000 Stück		145.— ℳ
Biberschwänze, 1. Wahl, pro		1000 St.		88.— ℳ
dto.	2. dto. „	1000 „		75.— ℳ
Schwemmsteine,	12×14 „	1000 „		100.— ℳ
dto.	10×12 „	1000 „		70.— ℳ
Backsteine		„ 1000 „		60.— ℳ
Kalk, pro Sack				1.50 ℳ

Außerdem noch alle Größen in Zement- und Steinzeugröhren.
Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Zur Vertilgung von
Feldmäusen und Ratten

ist **Mäuse-Gift-Weizen, Mäuse-Gift-Hafer, Phosphor, Latwerg und Meerzwiebel,** das idealste und billigste Vertilgungsmittel. Ferner empfehlen wir: **Raupenleim, Ia. Obstbaumkarbolineum, Uranlagrün, Saatbeize usw.**
Helfer, Desinfektions-Anstalt, **Pforzheim,** Güterstr. 21, Fernsprecher 1923.

Dobel—Igelsloch.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Samstag, den 10. April 1926
stattfindenden
Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zum „Hirsch" in Igelsloch
freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.
Sonntag, den 11. April 1926
Nachfeier
im Gasthaus zum „Rößle" in Dobel,
wozu wir ebenfalls freundlichst einladen.
Gustav Hummel,
Sohn des Wilhelm Hummel, Holzhauers in Dobel.
Maria Burkhardt,
Tochter des verstorbenen Friedrich Burkhardt, Bauers in Igelsloch.
Kirchgang am Samstag, den 10. April, mittags 12 Uhr, in Igelsloch.

Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen
(Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925)
mit Anmerkungen von Rechtsanwalt **Adolf Seeger-Stuttgart**
Preis Mark 1.50.
Vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

Neuenbürg.
Für eine alleinstehende Frauensperson wird sofort oder später eine
Wohnung
mit 2—3 Zimmern und Küche gesucht. Näheres in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Calmbach.
Einen neuen
Kuhwagen
verkauft **Otto Tlek.**

Dobel.
Zwei bis drei
Maurer
auf Bruchsteingemäuer können sofort eintreten.
Baustelle
August Pfeiffer.

Naislach-Würzbach.
Eine schwere
Kuh,

mit dem zweiten Kalb 40 Wochen trächtig, hat zu verkaufen
Gottlieb Pfrommer, Farrenhalter.